

«Ich hätte mir mehr Mut gewünscht»

Die Bündner SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo analysiert das Nein zur Selbstbestimmungsinitiative: Das Volk sei in falscher Sicherheit gewiegt worden, die Zukunft werde die Folgen des «weitreichenden Entscheides» zeigen.

› LUZI BÜRKLI

BÜNDNER TAGBLATT: Frau Martullo, das Schweizervolk hat die Selbstbestimmungsinitiative mit 66,2 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Sind Sie enttäuscht vom Resultat?

MAGDALENA MARTULLO: Ja, klar bin ich enttäuscht. Wir hatten, weil wir allein waren und aufgrund der Umfragen, mit einer Niederlage gerechnet. Der massive Gegenwind im Abstimmungskampf wurde immer stärker. Es wurde zunehmend aggressiv. Die Gegner gaben dem Volk eine trügerische Sicherheit und machten die Stimmbürger glauben, die Schweiz könne weiterfahren wie bisher.

Sie hatten gesagt, es sei die wichtigste Abstimmung seit dem EWR-Nein 1992. Was sind nun die Folgen?

Wir können uns nicht mehr wehren gegen die Übernahme von ausländischem Recht, das ständig erweitert wird – auch ohne neue Völkerrechtsverträge. Fremde Richter und Aufsichtsorgane internationaler Organisationen können gegen unsere Verfassung, gegen Volk und Stände, entscheiden. Das Schweizervolk hat heute dem so zugestimmt. Das ist ein weitreichender Entscheid.

Die SVP argumentierte, die direkte Demokratie werde gestärkt mit einem Ja zur Selbstbestimmungsinitiative. Inwiefern bleibt die direkte Demokratie nun geschwächt?

Das wird in nächster Zeit stark zum Ausdruck kommen: als Erstes mit dem Uno-Migrationspakt. Wir werden sehen, ob das Volk darüber wird befinden können und wie dieser dann umgesetzt wird. Aktuell bleibt auch das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU.

Beides Übereinkommen, die aus Sicht der SVP zu verhindern sind.

Wir werden in beiden Fällen weiter aufzeigen, was die Gefahren sind. Zum Beispiel, dass der UNO-Migrationspakt überhaupt nicht bloss unverbindliche Regelungen enthält. Es geht darum, dass nur noch posi-



Im Abstimmungskampf engagiert: Magdalena Martullo am BT-Stammtisch zur Selbstbestimmungsinitiative Anfang Monat im Restaurant «Hofkellerei» in Chur. (FOTO OLIVIA ITEM)

tiv über die Migration berichtet werden soll. Man wäre dazu verpflichtet – beispielsweise auch an den Schulen. Oder die Migration muss erleichtert werden sogar schon im Herkunftsland – und so weiter. Ich glaube, dass die Diskussion dazu im Detail noch nicht hat stattfinden können. Viele unserer Gegner haben sich im Abstimmungskampf gegen den Migrationspakt geäußert. Als Volksvertreter können wir die Rechte des Volkes im Parlament wahrnehmen. Wir werden sehen, ob dies so geschehen wird.

Der Schweiz steht 2019 ein nationales Wahljahr bevor. Was werden von nun an die Themen sein, welche die SVP besetzen wird? Beispielsweise ist ja auch noch eine Begrenzungsinitiative gegen die Personenfreizügigkeit eingereicht worden.

Bis die Begrenzungsinitiative zur Abstimmung kommt, wird es noch zwei Jahre dauern. Aber: Die Personenfreizügigkeit wird sich als Problem weiter zuspitzen. Da brauchen wir politische Lösungen, denn die Probleme verschärfen sich. Im EU-

Rahmenvertrag geht es bei den flankierenden Massnahmen um den Lohnschutz. Wollen wir den wirklich preisgeben und alles zukünftige EU-Recht übernehmen oder abgestraft werden? Wir setzen uns als einzige Partei für die Souveränität der Schweiz ein, im Kanton Grau-

«
Die Probleme werden sich verschärfen.
»

bünden haben uns dieses Wochenende immerhin 35 Prozent recht gegeben. Wir sind die grösste Partei. Für diesen Teil der Bevölkerung, welcher die direkte Demokratie wieder herstellen wollte, werden wir uns weiter einsetzen.

35 Prozent Ja-Stimmen in Graubünden oder 65 Prozent Nein-Stimmen: Sie sehen eher das «Positive»?

Natürlich hätten wir gewinnen wollen. Ich hätte mir auch von den

Bündnerinnen und Bündnern mehr Mut gewünscht. Gerade Graubünden mit seiner Geschichte und der föderalistischen Struktur müsste den Wert der Selbstbestimmung mehr schätzen. Ich glaube, der einzelne Stimmbürger ist noch zu wenig mit den rechtlichen Zusammenhängen in Berührung gekommen. Die Probleme werden sich verschärfen, und auch die Bündner werden dies bemerken. So etwa im Gewerbe; die Unternehmen werden erkennen, dass die Regulierungen dem internationalen Recht, das wir übernehmen müssen, geschuldet sind. Das Jammern über Datenschutzregelungen oder über die Bürokratie der flankierenden Massnahmen zur Umsetzung der Personenfreizügigkeit hören wir jeden Tag auch im Kanton Graubünden. Aber der Zusammenhang, warum das so ist, wird oft nicht erkannt. So kann man dem Stimmvolk alles Mögliche vorgaukeln und dazu noch Drohkulissen aufbauen, wie schlimm es wäre, wenn wir auf unsere Interessen pochen würden. Diese Drohungen haben am Abstimmungssonntag ge-griffen – schade.